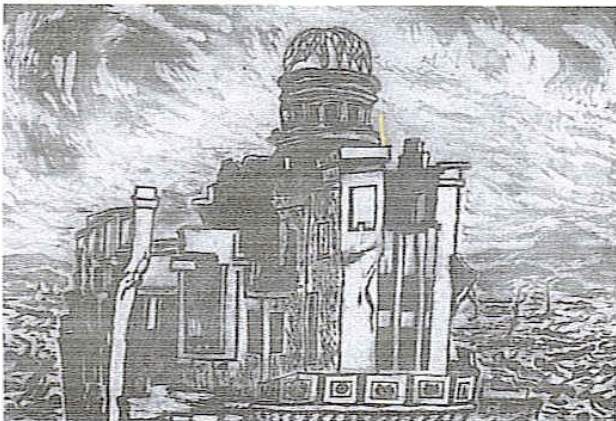




Hiroshima und Nagasaki mahnen: Nicht schon wieder Erstschlagraketen in Deutschland und anderswo in Europa aufstellen!

Die Geschichte mahnt:

Am 6. und 9. August 1945 wurden US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie töteten 140.000 bzw. 70.000 Menschen sofort. Zehntausende erkrankten und starben in den folgenden Jahrzehnten. Noch heute leiden Menschen unter den Folgen.



Hiroshima, Holzschnitt von Kiyoshi Asai, 1945

Am 7. Juli 2017 beschlossen 122 Staaten den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Bis September 2023 hatten 93 Staaten unterzeichnet, 70 Staaten den Vertrag ratifiziert. Die Bundesregierungen reden zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, boykottieren sie das Abkommen seit 7 Jahren, verhandeln nicht mal darüber.

Wer immer da auf den ersten Schritt Anderer wartet, kommt keinen Zentimeter voran. Nicht erst die Kriege in der Ukraine und in Palästina lassen

befürchten, dass ein Konflikt atomar eskalieren könnte.

Neue US-Raketen bei uns ohne öffentliche Debatte zuvor?

Die USA und ihre Verbündeten kennen gegenwärtig nur ein Ziel: Rund um Russland und China einen Waffenring einschließlich Atombomben legen. Am 10. Juli hatten die Vertreter von USA und BRD am Rande des NATO-Gipfels in Washington mitgeteilt, dass ab 2026 in der Bundesrepublik neue US-Waffen stationiert werden sollen. Darunter sollen auch „Tomahawk“-Marschflugkörper sein, die Atomsprengköpfe transportieren können.



Friedenskundgebung am 2.8.24 in Bad Kreuznach, Gruppe Aktiv für Frieden und Netzwerk am Turm, beide Bad Kreuznach

In der BRD hat eine Debatte um die Stationierung neuer US-Raketen nicht stattgefunden. Immerhin meldeten sich jüngst Unterstützer des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zu Wort, der vor den Gefahren der Raketenstationierung gewarnt hatte – und dafür in der „Berliner Morgenpost“ als „ewiger Ostermarschierer“

abqualifiziert wurde. Die Unterzeichner einer Erklärung des Erhard-Eppler-Kreises – darunter der frühere SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Gernot Erler und Ernst Ulrich von Weizsäcker – schreiben, es gehe „um nicht weniger als um die Frage, ob unser dicht besiedeltes Land zum Ziel eines atomaren Erstschlags werden könnte“. Walter-Borjans und Co. sehen einen Grund für die bislang ausbleibende parteiinterne Debatte darin, dass Kritiker der Stationierung als „Träumer diskreditiert“ würden, die eine „Knechtschaft Putins in Kauf nehmen“. Dabei erlebe man „tagtäglich nicht nur an der sozialdemokratischen Parteibasis, wie vielen Rolf Mützenich aus der Seele spricht“. Dass der SPD-Führung, besonders wenn sie in Regierungsverantwortung ist, ihre eigene Basis ziemlich egal ist, lässt sich seit August 1914 zahlreich belegen.

Arnold Schölzel

(Der Kommentar aus der aktuellen UZ wurde hier gekürzt, er ist unter <https://kurzlinks.de/6k3h> komplett zu lesen)

Bad Kreuznach im tödlichen Dreieck?

Was uns hier an der Nahe droht, im Dreieck zwischen dem Atomwaffenstützpunkt Büchel (Eifel), dem US-Kriegsdrehkreuz Ramstein und Wiesbaden, der NATO-Kommandozentrale für den Ukrainekrieg und die ab 2026 geplanten US-Raketen, sind Elend und Tod durch atomare „Verseuchung“. Die USA haben Atomwaffen zudem in den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei stationiert, Russland in Belarus. Vorwarnzeiten werden immer kürzer, mit den ab 2026 geplanten Raketen auf 6 bis 12 Minuten. Die Gefahr auch eines „Atomkriegs aus Versehen“ wächst.

Es ist an der Zeit, ein Weiterdrehen an der Eskalationsschraube zu beenden, um nicht die menschliche Zivilisation Westeuropas, vielleicht sogar der ganzen Erde, zu gefährden. Die Kriegsparteien müssen den weltweiten Friedensappellen und -initiativen, ob aus Lateinamerika, Afrika, Asien oder auch des Vatikans folgen, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Die Lieferungen immer neuer Waffen an die Ukraine und an Israel auch aus Deutschland müssen beendet werden.

Letztendlich darf kein Weg daran vorbeigehen, Atomwaffen gänzlich abzuschaffen, wie es der entsprechende UNO-Vertrag vorsieht. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diesem endlich

beizutreten und unser Land jetzt erst recht atomwaffenfrei zu machen!

Gewerkschaften:

„Soziales rauf – Rüstung runter“

„ver.di München und GEW rufen unter dem Motto „Soziales rauf – Rüstung runter“ dazu auf, am 12. Oktober 2024, zur Kundgebung und



Großdemonstration in München zu kommen. Im Aufruf heißt es u.a.: „Die Kürzungspolitik der Bundesregierung bedeutet allein für 2024 Milliardenersparnisse für Millionen von Menschen! Ausgerechnet sozial Benachteiligte, Bedürftige und Schutzsuchende sollen noch stärker bluten: z.B. bei Renten,

beim Bürgergeld und bei Asylleistungen. [...] Welches Ressort aber muss als einziges im Bundeshaushalt 2024 nicht sparen? Der Etat des Bundesverteidigungsministeriums: Zu den 100 Mrd. Sonder-„Vermögen“ kommen nicht nur in diesem Jahr mindestens 2% vom BIP (Brutto-Inlands-Produkt) hinzu. Macht aktuell zusammen ca. 180 Mrd. Euro. Als ob man mit Hochrüstung und atomarer Abschreckung Kriege verhindern und Frieden sichern kann. Im Gegenteil: Die Kriegsgefahr erhöht sich. Und mehr noch: Finanzminister Lindner (FDP) will die Sozialausgaben auf drei Jahre einfrieren, um diese Hochrüstung zu finanzieren. [...] Dabei wird es nicht bleiben, und das Geld für die jährliche Aufrüstung wird künftig im sozialen Bereich fehlen: für Klimaschutz, Gesundheit, Bildung, Kultur, Integration, Gleichstellung, für den Wohnungsbau und das Verkehrswesen etc. Wir brauchen Milliardeninvestitionen in eine menschenwürdige, lebenswerte Gesellschaft für alle – statt Milliarden für Hochrüstung und Bundeswehr.“

Quelle: IMI Kurzlink: <https://kurzlinks.de/vtbx>

Impressum: der funke, August 2024, Info der DKP KH, Kontakt und v.i.S.d.P. V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach

E-Mail bad-kreuznach@dkp-rlp.de Eigendruck, Fotos: V. Metzroth, frühere FUNKE unter <https://dkp-rlp.de/bad-kreuznach/>

Treffen i.d.R. am 1. Mittwoch und 3. Montag monatlich